

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und für Auswärtige die Postämter  
entgegen. — Erscheint werktäglich.  
Sprech- und Anschlag Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabepreis: Die Abonnements  
bestehen für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung zu Goldpreisen, aus-  
wärtige Anzeigen zu Goldpreisen  
Kellern-Postleiste zu Goldpreisen  
am 1. Juli 26 Goldpreisen.

Telegramme: Ergabiert Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 275

Freitag, den 27. November 1925

20. Jahrgang

### Keine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierungsbildung?

Sie wollen die Kastanien nicht aus dem Feuer holen.

Berlin, 25. Nov. Zwischen den Fraktionen sind Verhandlungen über die Regierungsbildung nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages noch nicht eingeleitet worden. Es besteht aber zwischen den Vertrauensmännern der Fraktionen in dieser Frage eine lose Fühlungnahme. Dabei hat sich bisher ergeben, daß die Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten die Wiederherstellung einer Regierung der Großen Koalition für das natürliche Ergebnis der gegenwärtigen innerpolitischen Entwicklung halten würden. Die Sozialdemokraten bekunden jedoch im gegenwärtigen Augenblick nur sehr geringe Neigung, sich an einem Reichskabinet zu beteiligen. Von besonderer sozialdemokratischer Seite verlautet, daß die Sozialdemokraten nicht gewillt seien, die von den Deutschnationalen begonnene, von ihnen als verhängnisvoll betrachtete Wirtschaftspolitik im kommenden Winter fortzusetzen. Dieser sozialdemokratische Führer erklärte wörtlich: „Jede Regierung muß in diesem Winter unpopulär werden! Betrachten Sie nur die ungeheure Arbeitslosigkeit und das rasche Wachsen ihrer Zunahme! Die Sozialdemokraten haben sich verantwortlichen Aufgaben, die in den letzten Jahren an sie herangetragen sind, niemals ent-

zogen. Durch die deutsch-nationale Zoll- und Steuerpolitik ist die Wirtschaftskrise aber in so verhängnisvoller Weise verschärft worden, daß sehr betrübende Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sind, die von der besten und willigsten Regierung durch noch so geschickte Maßnahmen zugunsten der sozial schlechtestgestellten Bevölkerungsschichten nicht wirkungsvoll ausgeglichen werden könnten. Die Stimmung der Fraktion geht deshalb nicht dahin, in ein Kabinet einzutreten. Die Locarnopolitik werden wir selbstverständlich, unserer Tradition folgend, auch weiterhin unterstützen. Aber ich halte es für sehr unwahrscheinlich, daß sich meine Fraktion in diesem Augenblick in Regierungsexperimente einlassen wird. Man darf den Deutschnationalen weder die außenpolitischen, noch die innerpolitischen Sorgen abnehmen. Ein großer Teil meiner Freunde ist davon überzeugt, daß wir viel besser außerhalb der Regierung für die Befreiung der Schwierigkeiten des kommenden Winters wirken können als wenn wir der zukünftigen Reichsregierung angehören. Eine Entscheidung meiner Fraktion ist darüber aber noch nicht gefallen. Ich urteile nur auf Grund der bisherigen Aussprachen in engerem Kreise.“

### Domergues Kabinettsbildung scheitert.

Paris, 25. Nov. Die Bildung eines Kabinetts, das Kabinetts zustande zu bringen, gilt als gescheitert, obgleich eine amtliche Bestätigung dafür noch nicht vorliegt. Doumergue konferiert zur Stunde mit Herriot. Der „Temps“ bezeichnet die Bemühungen Doumergues als aussichtslos. In den späten Nachmittagsstunden herrscht in parlamentarischen Kreisen der Eindruck vor, daß die Bildung eines neuen Kabinetts mit sozialistischer Beteiligung nicht unmöglich sei. Die strittige Frage, wer ein neues Kabinetts zu bilden hätte, ist bis zur Stunde noch nicht gelöst.

Paris, 25. Nov. Nachdem Kammerpräsident Herriot das Elisee verlassen hatte, kehrte er in das Gebäude des Kammerpräsidentiums zurück und stattete unmittelbar darauf dem Senatpräsidenten de Selves einen Besuch ab. Kammerpräsident Herriot hat für heute abend 10 Uhr eine Anzahl politischer Freunde zu sich gebeten, um mit ihnen die Art und Weise zu präzisieren, wie er den Auftrag, den ihm der Präsident der Republik erteilt hat, lösen kann.

### Die Radikale Partei zur Beteiligung der Sozialisten an der französischen Regierung.

Paris, 25. Nov. Die Kammerfraktion der Radikalen Partei hat zusammen mit dem Vorstand des Exekutivkomitees der Partei und mit einigen Senatoren der Partei heute vormittag eine Sitzung abgehalten, um über die durch den Beschluß der Sozialisten, an der Regierung teilzunehmen, geschaffene Lage zu beraten. Der Abgeordnete Maslo vertrat den Standpunkt, daß man die Einheit des Kartells aufrechterhalten und versuchen müsse, mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten. Der Abgeordnete Franklin-Bouillon erklärte, er sei bereit, eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten an der Regierung zu versuchen, aber unter drei Bedingungen: 1. müßte ein klares Programm über die vier Hauptpunkte der gegenwärtigen Politik aufgestellt werden, nämlich Finanzproblem, Marokko, Syrien und Wahlreform, 2. müßten die Parteiführer entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien verteilt werden, wobei das Ministerpräsidentium den Radikalen zufallen müsse, 3. müßte das Kartell bis zur mittleren Linken ausgedehnt werden. Franklin-Bouillon erklärte, er werde in der Kammer jede Regierung und jede Beteiligung der Sozialisten bekämpfen, wenn nicht diese drei Bedingungen erfüllt seien. Der Abgeordnete Maslo wandte dagegen ein, daß diese drei Bedingungen auf den Widerstand der Sozialisten stießen und die Zukunft des Kartells gefährden würden. Er schlägt vor, mit den Sozialisten zu verhandeln, um eine etwas biegsamere Form der Zusammenarbeit zu finden. Senator Sarraut vertrat den gleichen Standpunkt. Die radikale Partei müsse alles tun, damit jeder Versuch einer wirksamen Zusammenarbeit in der Regierung zwischen den beiden großen Parteipartnern möglich gemacht werde. Die radikale Partei müsse sich mit den Sozialisten verständigen, um zu prüfen, wie man ein großes kartellistisches Ministerium bilden könne, in das die Führer der Parteipartnern eintreten würden und wie man am besten die Bedingungen für diese Zusammenarbeit mit der Linken festlege. Nach dieser Rede wurde die Sitzung aufgehoben. Nach Sarraut besteht der Eindruck, daß die Rede des Senators Sarraut die Richtlinien angegeben habe, die die Delegierten der radikalen Fraktion in der Vorstandssitzung der Parteipartnern, die soeben begonnen hat, befolgen werden.

### Vor ersten Unruhen in Athen.

Wien, 25. Nov. Die „Reichspost“ meldet aus Athen: Pangalos hat alle monarchistischen Emigranten zurückgerufen. Pangalos hat offen erklärt, für ihn bestehe zwischen Republik und Monarchie nur ein theoretischer Unterschied. Gegenüber müßten mit den Waffen zur Austragung kommen.

### Unoffizielle Friedensverhandlungen zwischen Syrien und Frankreich.

Genf, 25. November. Die in Genf erscheinende Halbmonatsschrift La Tribune d'Orient gibt über die Besprechungen, die kürzlich in der Schweiz zwischen Vertretern des syrischen Volkes und einer französischen Persönlichkeit stattfanden, folgende Einzelheiten wieder. Es wurde der Entwurf eines Abkommens ausgearbeitet, der der französischen Regierung vorgelegt wurde. Der Entwurf enthält die syrischen Forderungen und beträchtliche Vorteile für Frankreich. Syrien fordert die Aufhebung des Mandats, Anerkennung seiner Unabhängigkeit sowie Zulassung zum Völkerbund. Die künftige Regierungsform Syriens soll durch eine gesetzgebende Versammlung beschlossen werden, deren Wahl unabhängig in voller Freiheit zu erfolgen hat. Als Gegenleistung erklärt sich Syrien bereit, mit Frankreich einen Handelsvertrag auf 20 oder 30 Jahre abzuschließen, wonach Frank-

### Unterzeichnung des Locarno-Vertrages durch die Minister.

Wie in Paris amtlichen Kreisen verlautet, ist jetzt doch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London nicht durch die Botschafter erfolgt, sondern daß die Minister, die in Locarno paraphiert haben, auch die Unterzeichnung vornehmen. Unter diesen Umständen würden der Reichskanzler und Minister Dr. Stresemann am Sonntag nach London reisen.

Von deutscher Seite ist, wie die Blätter erfahren, noch keine Entscheidung getroffen, wer zur Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London geht.

### Locarno und Völkerbund.

Berlin, 26. Nov. Zu der Behauptung des Lokanzelgers, daß im Reichstag die „Anregung sehr viel erhöht“ worden sei den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einem besonderen Gesetz zuzuwenden, das erst zu „gegebener Zeit“ vom Reichstag zu verabschieden sein würde, bemerkt die „Germania“, daß diese Frage schon bei der Aussprache der Parteiführer mit dem Reichskanzler in verneinendem Sinne entschieden worden sei. Die Locarno-Verträge und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gehörten zusammen und müßten in einem Gesetz verabschiedet werden. Die Zentrumskolonnen teilen diesen Standpunkt der Regierung durchaus.

### Maßnahmen zur Abwehr der wirtschaftlichen Not.

Berlin, 26. Nov. Die Zentrumskolonnen des Reichstages hat einen besonderen Ausschuss beauftragt, unverzüglich Maßnahmen und geeignete Vorschläge zur Steuerverminderung der großen wirtschaftlichen Not in weiten Kreisen zu beraten und vorzulegen. Der Ausschuss, der gestern erstmals zusammentrat, forderte eine Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen und eine Verlängerung der Unterstützungsdauer. Ferner würde die alsbaldige Wiederinbetriebnahme der Familienhilfe in der Knappschaftsversicherung verlangt. Als Hilfsmittel für die Landwirtschaft werden u. a. Senkung der Bezugspreise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel, Verminderung aller Härten bei Ermittlung des Einkommens aus landwirtschaftlichen Betrieben und Rücknahme auf die Notlage der Landwirtschaft bei den Zahlungsterminen der Steueranzahlungen vorgeschlagen.

### Das neue badische Kabinetts.

Karlsruhe, 25. Nov. Wie die badische Presse mitteilt, werden Zentrum und Sozialdemokraten folgen dem Ministerium dem Landtage vorschlagen: Trunk (8.), Justizminister wie bisher und zugleich Staatspräsident, Dr. Köhler, Finanzminister wie bisher; Kemmle (Soz.) Minister des Innern wie bisher und gleichzeitig vorläufiger Unterrichtsminister; Staatsräte: Weichhaupt (8.) und Marum (Soz.) beide bisher Staatsräte, und als dritter Staatsrat Abg. Walter-Heidelberg. Eine Bestätigung dieser Meldung war bisher nicht zu erlangen, doch würde das Kabinetts, wie verlautet, in dieser Weise gebildet werden.

### Vom deutsch-spanischen Handelsprotokoll.

Berlin, 25. Nov. Das neue deutsch-spanische vorläufige Wirtschaftsabkommen, dessen wesentlicher Inhalt schon mitgeteilt worden ist, kann erst bindende Kraft mit Rückwirkung vom 18. November 1925 ab erlangen, wenn es ratifiziert ist. Die Botschaften sind jedoch angewiesen worden das Abkommen jetzt schon in der Weise zu berücksichtigen, daß sie die Unterschiedsbeträge zwischen den autonomen und den vertragsmäßigen Zollsätzen für die im Zoll herabgesetzten spanischen Erzeugnisse (Tomaten, Tafeltrauben, Bananen, Apfelsinen, roter Bergschmittweid und Lössardinen) ohne Sicherheitsleistung und ohne Verzinsung stunden- und tagweise antrag auf vorläufige Herauszahlung und zinslose Erstattung der Zoll-differenz für die Zeit vom 18. November 1925 zum autonomen Satz abgefertigten einschlägigen Waren entsprechen. Für Almeria- und Denia-Trauben in Fässern über 15 Kilo, für die für ein Kontingent von 100 000 Fässern bis zum Schluß d. J. ein Zollsatz von 10 Mark für einen Doppelzentner vorgesehen ist, kann vorerst nur die Differenz zwischen dem autonomen Satz und dem Vertragsatz von 15 Mark gestundet werden, bis mit der spanischen Regierung eine Vereinbarung über den Ursprungsnachweis getroffen ist.

### Zum Tarifstreit im Bankgewerbe.

Berlin, 25. Nov. Wie vom Deutschen Bankbeamtenverein mitgeteilt wird, haben die heute abgehaltenen Verhandlungen über den Verbindlichkeitsantrag für den Gehaltsfestschluß vom 3. d. M. dazu geführt, daß Ministerialrat Meves, der als Vorsitzender fungierte, die Bankleitungsvertreter ersuchte, sich darüber schlüssig zu werden, ob sie bereit seien, sich durch eine bevollmächtigte Kommission an Beratungen mit dem Ziel einer freien Verständigung der Parteien zu beteiligen. Hierbei soll gleichzeitig über eine Verlängerung des mit dem Jahresabschluss ablaufenden Reichstages verhandelt werden. Wenn die Bankleitungen zustimmen, sollen diese Verhandlungen in der nächsten Woche stattfinden. Im Abrechnungsjahre wird der Arbeitsminister über den Verbindlichkeitsantrag entscheiden.

### Unterzeichnung des schwedisch-norwegischen Schiedsvertrages.

Stockholm, 25. Nov. Heute wurde von dem schwedischen Botschafter in Oslo und dem norwegischen Minister des Auswärtigen Mowinkel ein Abkommen zwischen Schweden und Norwegen betreffend friedliche Schlichtung von zwischenstaatlichen Vorfällen unterzeichnet. Das Abkommen, das auf 20 Jahre abgeschlossen ist, soll nach Genehmigung der beiderseitigen Parlamente von den Königen beider Staaten ratifiziert werden.

### Not der Landwirtschaft in Bayern.

München, 25. November. Die bayerische Landesbauernkammer hat in ihrer heutigen Vollversammlung eine Eingabe an die Reichs- und die bayerische Landesregierung gerichtet, in der die katastrophale Notlage der Landwirtschaft eindringlich geschildert und die maßgebenden Stellen zu energischen Hilfsmitteln aufgefordert werden.